



Verein für Sozialplanung, Löwengasse 34, D-67346 Speyer

Geschäftsstelle:

Löwengasse 34

D-67346 Speyer

☎ +49 6232 629491

☎ +49 6232 629492

vsop-ger@t-online.de

www.vsop.de

An die
Planer und Planerinnen
der Regionalgruppe NORD im VSOP
bzw. der Bundesländer Niedersachsen, Bremen,
Hamburg, Schleswig-Holstein
- per Mail -

Regionalgruppe NORD

Jörg Gapski, ☎ +49 511 616 21039

eMail: joerg.gapski@region-hannover.de

Marion Brünner, ☎ +49 421 361 6851

eMail: marion.bruenner@soziales.bremen.de

Protokoll der Fachtagung der Planerinnen und Planer Nord

(Regionalgruppe NORD des VSOP)

06.03.2014 in Hannover

29.01.2015

Protokoll der Sitzung der Regionalgruppe NORD im VSOP am 06.11.2014

Teilnehmer/-innen: siehe Übersicht Ende Protokoll

Tagungsort: Region Hannover, Hildesheimer Str. 20, Raum 601, 6. Etage

Tagesordnung

1. Eintreffen und erste Fachaustausche, Organisatorisches
Schwierig, den Termin zu realisieren, nun auch noch GDL-Streik und Krankheitsfälle.
2. Begrüßung und Tagesordnung, Umstellung der TO.
Kurze Vorstellungsrunde.
3. Kinder- und Jugendindikator in der Handlungsorientierten Berichterstattung Niedersachsen (Ilka Seyfarth)

Die Berichterstattung und das Datensetting werden neu strukturiert. Die Indikatoren sind vorgegeben worden, nicht alle scheinen sinnvoll. Berichtsebene: Kreis, daher nicht geeignet für konkrete Arbeit in den Gemeinden.

Eine der sich stellenden Fragen: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Strukturdaten und objektiven KiJu-Daten bzw. Interventionen?

Intervention = „hausgemachte“ Daten. Annahme: Intervention macht man, um den Kindern etwas Gutes zu tun, daraus folgt, dass eine hohe Interventionsrate an sich positiv zu bewerten ist. Stimmt der Zusammenhang so? Z.B. SGB II Quote und hohe Intervention gehen nicht immer einher, müsste aber z.B. bei Betreuung korrespondieren.

HZE: nicht so ein direkter Bezug. Eigentlich sollte man auch hier eher davon ausgehen, dass es einen Zusammenhang zwischen Transferleistungsbezug und HZE geben sollte / gibt. Wenn sich das über das Monitoring nicht abbildet, also Interventionen eher niedrig sind trotz hoher Transferleistungsquote, dann mag das Amtshandeln nicht „passen“.

Schwierig: Korrelierende Analyse für den vollstationären Bereich (Strukturdaten / Interventionsdaten). Hannover verzichtet bspw. auf die Betrachtung, betrachtet ambulante, allenfalls teilstationäre Daten in der Berichterstattung.

Grundfrage: Muss / sollte der Berichtersteller auch interpretieren? Müssten das nicht die Fachbereiche machen? Indikator = Hinweisgeber, deshalb interpretiert Berichterstattung in gewissem Sinn auch.

Wahl der Indikatoren: Auch Aushandlungsprozess der beteiligten Akteure.

Krankenhausindikatoren: Diagnoseauswertungen, schwierig zu interpretieren, da es viele Fragen gibt, bspw. spielt eine Rolle, wo das Kind eingeliefert wird. Vielleicht eher auf die Dauer abzielen? Funktioniert nicht wirklich. Kinderkrankenhausdaten sind insgesamt kritisch zu bewerten. Einzugsgebiet bedenken, wenn spezielle Kliniken, dann hohe Dichten Kinder in Kinderklinik können von überall her kommen.... (lässt sich nicht zuordnen).

Methodenanalyse wäre ein interessanter Schritt.....

Zu einzelnen Indikatoren:

- Wanderungssaldo: Ebene: Wanderungen über Gemeindegrenze. Kreisgrenze? Kreis- bzw. Gemeindegrenze macht einen Unterschied. Gemeinde macht keinen Sinn.
Wofür ist dieses ein „guter“ Indikator? Bau, KdU-Ausnahme, Analyse Verwurzelung in der Region.
- Vorzeitige Sterblichkeit: Bedeutet: alle unter 65 Jahre
- Verfügbares Einkommen: Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGR).
Einkommenssteuerstatistik: an einer Stelle interessant - streut über die Regionen, aber im Bereich der unteren Einkommen nicht. Diese Statistik ist gut nutzbar für „Reichtum“. Allerdings nur alle drei Jahre und nach ca. 5 Jahren veröffentlicht. Problem: bildet sich nicht nach Personen ab, weil es ja die Zusammenveranlagung gibt.
Sv-pflichtige Beschäftigte: bildet allerdings Reichtum nicht ab, weil nur bis zur Bemessungsgrenze.... (und Unternehmer sind nicht sv-pflichtig beschäftigt.....).
Ziel dieses Indikators: Hier geht es um die Korrelation, nicht um Reichtumsberichterstattung.
- Mindestsicherungsquote: SGB II, HLU, GSiAE.... AsylbLG (Regelleistungen) und eigentlich noch die Kriegsoferfürsorge (Personen sinken, Kosten steigen).... Doppelbezug ausgeschlossen.
Zahl der Ausländer wurde immer zu hoch angenommen, durch Zensus nach unten korrigiert, das wird sich auf die Quoten auswirken (die steigen).
Leitindikator. Gehört unbedingt in das Monitoring.
- Wohnungseinbruchdiebstahl: Man hätte auch „Gewalt“ (ohne Waffen) oder anderes nehmen können. Ziel: Darstellung des Sicherheitsempfindens. Das gilt aber so nicht, weil Einbrüche häufig an Autobahnen

passieren (runter von derselben, Einbruch und wieder auf dieselbe und weg ...). Kriminalitätsstatistik schwierig ...

Letztlich ein Indikator für Amtshandeln.

Wer entscheidet, welche Indikatoren einbezogen werden? Im LSN, ggf. politische Ebene oder andere Ämter einbeziehen? Möglich wäre auch ein Verfahren, das eine Lenkungsgruppe einbezieht.

In diesem Indikatorenset der HSBN fehlen alle Daten, die sich auf Bevölkerungsgruppen beziehen. Das sind aber Strukturindikatoren. Den KiJu-Indikator könnte man z.B. um Alleinerziehende (Quelle beachten, Gesamtzahl Haushalte ggf. regional nicht verfügbar), Paare mit Kindern usw. ergänzen?

Idee der Gruppe: Mal darstellen, was mit der amtlichen Statistik nicht geht.

Erfassungsprobleme mit bedenken. Auch Verfahren (z.B. bei händischer Erfassung).

Zu den „objektiven“ KiJu-Daten:

Abiturientenquote: Schwierig, Schulort / Wohnort

Schulstruktur spielt eine Rolle. Schafft man bspw. viele Oberschulen, dann wird die Abi-Quote vermutlich sinken, weil der Weg zu einer entsprechenden Schule weiter wird und ggf. nicht mehr gegangen wird.

BuT: Nicht regional gegliedert verfügbar.

Anteil junger Arbeitsloser an allen Arbeitslosen:

Anteil junger Bewohner (junge LK) wirken sich aus. Wo viele Jugendliche, wäre der Anteil per se (ggf.) höher. Sollte man eher die Jugendarbeitslosenquote nehmen? Indikator sollte man auf die dort lebenden jungen Menschen beziehen, nicht auf Bevölkerung insgesamt.

Man kann über die BA entsprechende Auswertungen erstellen lassen: Unterbeschäftigung nach Altersgruppen, Geschlecht, Qualifikation, in Maßnahmen

4. Aktueller Sachstand zum Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht Bremen (Marion Brünner)

Das Bremer ARB-Modell „sprengt“ eigentlich den Rahmen eines Berichtes, der im Grunde beschreiben soll, wie Stand und Entwicklung sind. Der Bremer Bericht ist eher ein Plan, weil auch Handlungsableitungen, Maßnahmen etc. beschrieben sind, die eigentlich nachfolgende Arbeitsschritte wären.

Interessant wäre ein Planungskreislauf - Schritte und Akteure: Wer macht wann was, mit welchen Methoden usw..... Schritte zu entzerren, ist ein großer Vorteil.

„Gebt den Leuten mehr Bildung, Jobs, von denen sie leben können, Kinderbetreuung....“ - das ist grundsätzlich richtig, vermischt aber alles mit allem so dass es immer unwahrscheinlicher wird, dass tatsächlich etwas nachfolgt / umgesetzt wird.

5. Familiendialog und Familienberichterstattung Hannover (Silke Mardorf)

Aufschlag, erstes Familienmonitoring-, 2011, eher Berichtscharakter. Jetzt Konzeptionierung eines , war aber eher ein Bericht“ Familienmonitorings.

Fokus Vortrag und Diskussion: Familiendialog und Beteiligungsprozesse in Hannover.

Einstieg in das Thema 2008 mit einem familienpolitischen Gutachten der Prognos AG. 27 Handlungsempfehlungen, die umgesetzt werden sollten (und sind). Ableitung von familienpolitischen Zielen sowie strategischen Zielen. Dabei sollten Familien bei den sie betreffen-

den Themen mit einbezogen werden (keine Stellvertreter, für die es aber auch Foren gegeben hat).

Familienkonferenzen: in sechs Stadtteilen (Auswahl aus 51), samstags ca. vier Stunden, aber auch schriftliche Befragung, bei der 8.000 Familien mitgemacht haben, ferner „Online-Konferenz“.

Definition „Familie“:

Statistisch: Erwachsene mit Minderjährigen im Haushalt

Handlungsorientiert: Familie ist überall dort, wo Menschen füreinander Verantwortung tragen.

Rolle Familienmonitoring: Mit wenig Daten, die fortschreibbar sind, die Lage von Familien in den Stadtteilen darstellen.

Beobachtungsebenen: Hannover im Großstadtvergleich (Quelle: Wegweiser Kommune, Bertelsmann Stiftung
www.wegweiser-kommune.de), gesamtstädtisches Monitoring, Stadtteilmonitoring. Textteil, Datenteil.

Repräsentativbefragung: Einmalig in 2013
Rücklauf 48,4% bei Familien ohne Migrationshintergrund bzw. 20,1% bei Familien mit Migrationshintergrund (8.000 bei 20.000 angeschriebenen Familien), Fragebogen war in Deutsch, aber es gab eine Hotline, wo man anrufen konnte und dann in vielen Sprachen Hilfestellung bekommen konnte. Mehrsprachige Fragebögen, so die Erfahrung, erhöhen den Rücklauf nicht. Die Hotline wurde kaum frequentiert, wohl aber die Netzwerke/Beratungen im Stadtteil. In den Fragebögen hatten viele Familien auch Probleme, Themen, Ideen.... eingetragen und das wurde auch alles erfasst.

Onlineforum: Vier Wochen lang Internetseite freigeschaltet, kann man noch ansehen, aber kein Dialog mehr. www.familienleben-hannover.de
Durchgeführt von DEMOS (Hamburg) i. A. der Stadt Hannover
Die Internetseite enthält auch viele Informationen (nicht nur Onlinediskussion).
Das Hauptthema war „Lebensräume für Familien“, gefolgt von „Sonstiges“ und „Bildung von Anfang an“.
Hier eher „Büronutzer“, völlig andere Zielgruppe als bei den Familienkonferenzen (hohes Einkommen, akademische Ausbildung).

Familienkonferenzen: In 6 ausgewählten Stadtteilen. Auswahl der 6 Stadtteile: Mix aus Innenstadt- und Stadtrandlage, unterschiedliche Familienstrukturen usw. Viele kleinere Wünsche/Ideen wurden auch umgesetzt.

Die Familienkonferenzen wurden vom IES ausgewertet inkl. Dokumentation.

Ein kleiner Eindruck zu den Familienkonferenzen: <http://youtu.be/qYwXZdZurHc>

Nächster Schritt ist, dass die Fachverwaltungen Antworten/Konzepte entwickeln; Alle Ergebnisse fließen ein ins Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ (siehe www.meinhannover2030.de), begleitet von Familienfachtagen, Familienmesse und Forum Familie. Bis zur Sommerpause soll ein Gesamtbericht erstellt werden, der die Ergebnisse

des gesamten Familiendialogprozesses zusammenführt und den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt wird.

Fazit aus Sicht der Hannoverschen Sozialplanung:

Neben Fülle von Informationen und Handlungsansätzen konnte der Dialogprozess in den Stadtteilen den Gemeinsinn gefördert. Außerdem konnte der Sinn für das Querschnittsthema „Familien“ auch dort in der Verwaltung geschärft werden, wo es bis dato noch nicht präsent war.

Diskussion:

Das Thema „Familie“ hat oftmals in Verwaltungen keinen Ort, dabei tangiert dieser „quer“ liegende Begriff verschiedene Fachbereiche. In Hannover bspw. arbeitet der Fachbereich Jugend und Familie eher als Jugendamt. Das Thema „Familie“ ist allerdings heute dort verortet (Familienmanagement, Familienservicebüro). Das neu implementierte Familienmanagement mit 4 Personen wertet aus, berät, organisiert Familienforen, pflegt die website für das Thema, steht auf Messen usw. und wird von der Sozialplanung unterstützt.

Inklusion: Im Fragebogen ist auch eine Frage nach pflegebedürftigem Kind/Erwachsenem im Haushalt. „Integrativ“ war bei Fragen rund um die KiTa ein Kriterium, das aber nur selten angekreuzt wurde. Für weitere Auswertungen ist die Fallzahl nicht groß genug).

Repräsentativität: An der Befragung haben zumindest bei den Familien mit kleineren Kindern eher zufriedene Familien teilgenommen. Unzufriedenheit der Eltern wurde insbesondere bei der offenen Frage: „Wie kann Hannover familienfreundlicher werden?“ geäußert. Hierzu alleine gab es über 11.000 Einzelrückmeldungen und konkrete Maßnahmenvorschläge.

Rückblickend: Termindruck und mögliche Zeitfenster ließen keinen anderen Ablauf zu. Optimale Reihenfolge des Dialogprozesse wäre gewesen: 1: Familienmonitoring, 2.Repräsentativbefragung, 3. Online- und Familienkonferenzen.

Wie passt das Thema Familiendialog zum Thema Sozialplanung? Familie war Schwerpunktthema im Rahmen des Sozialberichts 2008, das ist nicht mehr notwendig, weil es inzwischen ein eigenes Berichtserstattungssystem gibt, gilt analog für Kinderarmut und Bildung, die eigene Berichterstattungen haben. Der Sozialbericht umfasst die gesamte soziale Situation Hannovers und verfolgt mittelfristige Ziele, wird alle fünf Jahre erstellt. Die gezielten Berichterstattungen sind eher zielgruppenorientiert, richten sich aber gleichermaßen an Fachpublikum, Gremien, politische Akteure (Sozialbericht wie Familienmonitoring, Bildungsmonitoring usw.). Sozialbericht: eher analytisch und grundlagenorientiert, Familiendialog und seine Berichtsbausteine: eher handlungsorientiert.

6. Diskussion der verschiedenen vorgestellten Ansätze

Viele Kreise und Kommunen können sich eine eigene Sozialplanung (inkl. Beteiligungsprozesse) nicht leisten. Könnte man kombinieren? Strukturdaten über die Auswertungsmöglichkeiten, Dialoge dann vor Ort....?

Wahrscheinlich werden die vorhandenen Daten nicht einmal genutzt. Müsste man auch aufzeigen, wie man sie nutzen könnte? Dass Bürger selbst einen solchen Prozess organisieren, ist allerdings eher unwahrscheinlich.

Die Berichterstattungen und Prozesse binden viel Personal. D.h., eine entsprechende personelle Kapazität muss vorhanden sein (z.B. für regionale Analysen, Schlussfolgerungen, Konzeption von Maßnahmen).

Bürgerbeteiligung bedarf eines gewissen Mutes, weil man nicht weiß, was am Ende dabei herauskommt. Bürger selbst fragen aber auch öfter, was es denn bringt, wenn man sich beteiligt (Erfahrung = bringt nichts / kaum etwas).

Landesebene HSBN: statistischer Teil liegt vor. Könnte man jetzt einen flankierenden Prozess in den Kommunen einleiten? Unterstützung der

Planungsprozesse vor Ort. Hier in der AG wurde vormittags der statistische Teil vorgestellt. Wie geht es weiter?

Fragestellung der HSBN könnte sein, was durch das Land steuerbar wäre.... Stadt / Kommune fragt nach kommunaler Steuerbarkeit.

7. Verschiedenes

7.1. Termine 2015

Nächstes Treffen: 12.3.2015, Region Hannover, Hildesheimer Str. 20, Raum 601.

Herbsttermin wird dann festgelegt und könnte, wenn dort möglich, in Braunschweig stattfinden.

7.2. Themenschwerpunkte 2015:

Braunschweig: Kinderarmut, H. Dybowski - Methode der Analyse

Methoden (Clusteranalyse, Faktorenanalyse) und Beispiele: Martin Buitkamp plus Ilka Seyfarth und ggf. Elke Sauermann (Strukturanalyse), Jörg klärt, zu welchen Konditionen M. Buitkamp kommen würde und ob März oder Herbst passen. Der Termin mit M. Buitkamp sollte in Hannover stattfinden.

Heinrich Nahr / HH: EGH und Budget... (Diskussionsstand)

Merker für die Herbsttagung: Integration - Inklusion - Teilhabe (Hannover, Silke Mardorf) / LK Diepholz, Frau Münzer: Inklusion (Sachstandsbericht, wie der LK das Thema angeht), ergänzt um entsprechenden Bericht der Region Hannover.

15.40 Uhr (Ende)

Marion Brünner

Sprecherteam Regionalgruppe NORD

(elektronische Versendung ohne handschriftliche Unterschrift)

Teilnehmer/-innen November 2014:

Addicks, Dirk (Diak. Werk Hannover)

Brünner, Marion (Bremen)

Gapski, Jörg (Region Hannover)

Gommermann, Eva (Wolfsburg)

Mardorf, Silke (Hannover)

Münzer, Martina (LK Diepholz)

Nahr, Heinrich (Hamburg)

Sauermann, Elke (Hannover)

Seyfarth, Ilka (Landesamt für Statistik Hannover, LSN)